

Wirtschafts- und Sozialrat nimmt neuen Anlauf

Selbst auferlegte Beschränkungen

Die Reflexionsinstanz gibt sich ein themenorientiertes Aktivitätsprogramm für die Zeitspanne 2012-2014

VON BÉRENGÈRE BEFFORT

Seit dem Sommer 2010 arbeitete der Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) auf Sparflamme. Zunächst hatten sich die Unternehmensvertreter zurückgezogen und eine Denkpause eingefordert, dann versuchte die neue Führungsspitze Anfang 2011, die Reflexionsinstanz wieder anzukurbeln. Nun verkündete der WSR eine positive Nachricht: Ein selbst bestimmtes Aktivitätsprogramm soll die Reflexionsinstanz mit neuem Leben füllen. Das Programm beschränkt sich auf ein paar Themenfelder. Auf das jährliche Gutachten des WSR zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes wird der Premierminister verzichten müssen.

Der Wirtschafts- und Sozialrat vereint die Vertreter der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und des Staats an einem Tisch. So wie in den Tripartite-Runden fällt es den drei Parteien im WSR aber auch schwer, Konsense zu erzielen. Meinungsunterschiede im WSR sind aber nicht zu unterschätzen. Das Gremium ist ein Pfeiler des Sozialdialogs: Mit seinen Gutachten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes ist der WSR eine zentrale Beratungsstelle der Regierung.

Nach dem Scheitern der Tripartite-Runde im Dezember 2011 hatten sowohl Stimmen aus Patro-

nats- wie auch aus Arbeitnehmerkreisen verlauten lassen, dass der Sozialdialog nicht zu Ende sei. Dabei richteten sich die Blicke erwartungsvoll auf eine Wiederbelebung des Wirtschafts- und Sozialrates.

„Der WSR lebt weiter“, teilte der Vorsitzende der Instanz, André Roeltgen, gestern freudig mit. Den neuen Anlauf geht der WSR aber vorsichtig an. Das Aktivitätsprogramm, das für die Jahre 2012 bis 2014 definiert und von der Vollversammlung verabschiedet wurde, führt eine begrenzte Themenliste an. Dieses Jahr wollen sich die Partner mit dem „PIB du bien-être“, dem Wohnungsmarkt und sektoriellen wirtschaftlichen Perspektiven auseinandersetzen. Themen also, die eher an mittel- bis langfristige Überlegungen geknüpft sind. Anders gesagt, im WSR werden die Reizthemen, bei denen von vornherein diametrale Auffassungen vorherrschen, zunächst ausgespart.

Von Fall zu Fall

„Wir wollen einen Mehrwert schaffen“, sagte Roeltgen. Die neue Arbeit im WSR beschrieb er als themenorientiert mit strategischen Interessen für Luxemburg. Auch als „Zukunftstisch“ stellte die Exekutive den WSR nun dar. Manche Dossiers, die die Regierung bereits zur Analyse unterbreitet hat, sollen nach Dafürhal-



Der WSR nimmt die Arbeit wieder auf, allerdings mit seinen eigenen Spielregeln.

(FOTO: GERRY HUBERTY)

ten des WSR nun andere Gremien behandeln. Wie man den Wachstum handhaben soll, ohne die Inflation anzufeuern, werde vielmehr der neue „Observatoire de la formation des prix“ untersuchen, so Roeltgen. Der WSR wird seinerseits seine Arbeiten zu diesem Thema einstellen. Insgesamt gehe es darum „Interferenzen“ mit anderen Gremien zu vermeiden und den angespannten Sozialdialog wieder mit „ruhigen Diskussionen“ anzukurbeln.

Der WSR stellte nun seine eigenen Regeln auf: Wird er mit einer Analyse befasst, untersucht die Exekutive vorerst, ob sich das Gremium damit auseinandersetzen wird und ob es überhaupt Chancen gibt für eine gemeinsame Stellungnahme, skizzierte Roeltgen. Man wolle von Fall zu Fall bestimmen.

Fest steht allerdings, dass der Premierminister zunächst nicht auf die herkömmliche Stellungnahme des WSR zur wirtschaftli-

chen, sozialen und finanziellen Entwicklung des Landes im Vorfeld seiner Rede zur Lage der Nation zählen kann. Dass der WSR diese Aufgabe, die eigentlich im Gesetz verankert ist, bis auf Weiteres auslässt, befand Vizepräsident und Vertreter des Staates im WSR, Serge Allegrezza, so denn als „extra-legal“. Für den Vertreter des Staates kann das Aussetzen nur eine zeitlich bedingte Etappe sein, um die Wiederbelebung des WSR zu unterstützen.

Finger weg vom Index

Gewerkschaften wollen Abgeordnete überzeugen

In einer gemeinsamen Pressemitteilung erklären sich die Gewerkschaften nicht einverstanden mit der von der Regierung beschlossenen Indexmodulierung. OGBL, LCGB, CGFP, Aleba, die Gewerkschaft des Gemeindepersonals (FGFC), Landesverband und Syprolux fordern in ihrem Schreiben die Regierung dazu auf, das Gesetzesprojekt, über das am 26. Januar im Parlament abgestimmt wird, zurückzuziehen. Die Gewerkschaften planen ein Treffen mit den Abgeordneten, um sie davon zu überzeugen, gegen das Gesetzesprojekt zu stimmen.

Die geplante Index-Modulierung habe je nach Entwicklung der Inflation finanzielle Einbußen von bis zu 60 Prozent eines Monatsgehalts zur Folge, heißt es in der Mitteilung. Bei einem Monatsgehalt von 2 000 Euro entspreche dies über drei Jahre einem Verlust von 1 200 Euro, rechnen die Gewerkschaften vor. Sie befürchten, dass durch das Gesetz eine komplette Indexbranche abgeschafft werden könnte und die Auswirkungen über das Jahr 2014 hinaus reichen könnten.

Die Gewerkschaften, die die jüngste Tripartite-Runde durch ihr Fernbleiben platzen ließen, kritisieren, dass der Gesetzgeber willkürlich entscheiden könne, wann eine Indexbranche erfüllt, dies völlig unabhängig von der Preisentwicklung. Damit schieße

man über das Ziel der einst beschlossenen Anti-Krisen-Maßnahme hinaus. Die geplante Index-Modulierung führe in Wirklichkeit zu einer Abwertung der Gehälter und Pensionen und somit zu einem Kaufkraftverlust.

Der Index-Mechanismus verstärke die Kluft zwischen Reich und Arm, zugunsten der Betriebe und Aktionäre und zu Lasten der Arbeitnehmer, monieren die Gewerkschaften weiter. Das gefährde mittelfristig den sozialen Frieden. Die Staatsbeamtenkammer vertritt die gleiche Ansicht und sieht im Vorhaben der Regierung das langsame Dahinsterben des Indexsystems.

Der Handwerkerverband steht hinter der Regierung und fordert die Abgeordneten auf, der Gesetzesvorlage zuzustimmen. Die Handelskammer bedauert, dass es sich beim Vorhaben um eine zeitlich begrenzte Maßnahme handelt. Sie hätte ein zweijähriges Moratorium der jetzigen Variante vorgezogen und ist generell für eine tiefgreifende Reform des Mechanismus, um die strukturellen Probleme der Luxemburger Betriebe und der öffentlichen Finanzen in den Griff zu bekommen. Die Handelskammer schlägt einen gedeckelten Index von 1,5 mal den sozialen Mindestlohn, einen minimalen Zeitraum zwischen zwei Indexbranchen von 16 Monaten sowie Änderungen beim Index-Warenkorb vor. (mig)

SOLDES
DÈS MAINTENANT
JUSQU'À -50%
DE RÉDUCTION
SUR LES PRIX OUTLET**

OUVERTURE EXCEPTIONNELLE
DIMANCHE 15 JANVIER DE 10H À 19H

Accès: A31 direction Bruxelles,
sortie 32, direction Aubange

 facebook.com/mcarthurglenluxembourg



*Soldes du 3 au 31 Janvier, selon décret ministériel et valables jusqu'à épuisement des stocks. Voir conditions des offres en magasins.
**Prix réduits par rapport aux prix de vente conseillés durant les saisons précédentes.